

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer Verlagsgesellschaft
Herausgeber: Auer Verlagsgesellschaft
Redaktion: Auer Verlagsgesellschaft
Druck: Auer Verlagsgesellschaft

Verlagsgesellschaft des Erzgebirges
Hauptstadt des Erzgebirges
Verlagsgesellschaft des Erzgebirges
Hauptstadt des Erzgebirges

Nr. 284

Donnerstag, den 7. Dezember 1922

17. Jahrgang

Die Politik der nationalen Einigung.

Wieder einmal hat eine neue Regierung der deutschen Volksgemeinschaft ihr Programm dargelegt. Aus dem Munde ist eine erschütternde Darstellung deutscher Not gegeben worden. Wir haben Worte der Hoffnung vernommen zur Rettung aus dem Chaos. Aber sind wir nicht leingläubig geworden, Jüweller an den besten Worten und Absichten? Darf man sich nicht mit lechter Kraft unserer Seele nach der Tat, nach der erlösenden Rettungstat aus den tiefen Nöten unserer Tage? Zu oft schon ist das neue Morgenrot verkündet worden und immer nur düsterer ward es in uns und um uns! Wer soll noch glauben haben? „Deutschland kann bedrückt und bedrängt werden, aber es kann nicht untergehen, wenn es nicht sich selbst aufgibt.“ Dieses Wort des neuen Kanzlers ist das Grundmotiv seiner ganzen Ausführungen. In dieser Erkenntnis, in diesem Kampfe gegen lähmende Verzweiflung und Selbstauflage ist das ganze deutsche Volk einig; in dem Kampfe gegen Kleinmut, Selbstsucht und Selbstgerichtigkeit.

Haben wir nicht gar zu schwachmütig immer nach fremder Hilfe Ausschau gehalten, sind wir nicht innerlich zu geigewesen, Forderungen an uns selbst zu stellen? Waren wir nicht stark nur im Fordern an die anderen? Seien wir doch ehrlich gegen uns selbst und bekennen wir, wie unendlich oft wir wider besseres Wissen handelten, daß wir vergaßen, vergessen wollten, wieder eines Volkes zu sein, daß unser ganzes Tun und Trachten nur erfüllt war von den primitivsten Trieben unserer vergänglichsten Jäh! Was vor allem uns tut, das ist die große Scham, daß wir unser Menschentum verkauft haben um ein paar Silberlinge, daß wir die besten Güter unseres nationalen Daseins verachtet und verpöht haben, daß wir das Materielle über uns Herr werden ließen, statt dem Besten in uns zum Lichte zu verhelfen: dem Geiste und der deutschen Seele.

Perfritten und zerpalten steht unser Volk da, daß und Scheelsucht fressen uns auf, Profitgier und Menschenverachtung, schwingen die Geißel über uns. Lote Buchstaben haben das lebende, aus dem Herzen kommende Wort verdrängt, Formeln schnüren uns ein und „Grundzüge“ hemmen den Weg nach oben. Abweichende Meinung wird verdächtigt und verachtet. Deutsches Volk, hilf Dir selbst! Was kann der Kapitalismus, wenn die Mannschaft verfaßt. Seid erst Menschen, Deutsche, dann Parteimitglieder in hundertfacher Schattierung. Habt ihr im jahrelangen Ringen, das keine Feder zu schildern vermag, einer Welt von äußeren Feinden Stand gehalten, um nun an Selbstzerfleischung, moralischer Faulnis, blühendem Jüwelspektakel zugrunde zu gehen?

Stärkste, tiefste Einmütigkeit der Meinung, eine alle umfassende Arbeits- und Schicksalsgemeinschaft, eine eigene aufbauende Politik, positive, gemeinsame Arbeit, höchste Leistung, das sind die Forderungen der Stunde, die selbstverständlichen Forderungen des deutschen Volkes an sich selbst, wenn es noch Mut zu seiner Zukunft hat. Der Wege dahin werden und können manche sein — das Ziel ist nur eines: Rettung des deutschen Volkes. Nicht das Programm wird darüber entscheiden, ob dem neuen Kanzler Erfolg beschieden sein wird, sondern der Wille einer einmütigen Nation zur innersten, freudigsten und mutigsten Mitarbeit. Ist dieser nicht vorhanden in allen Schichten unseres Volkes, triumphiert weiter wie bisher das, wie auch immer geartete Einzelinteresse — dann ist unser Geschick endgültig und mit Recht besiegelt — durch unsere eigene Schuld!

Der neue französische Botschafter beim Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat gestern den neu ernannten französischen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter Jacques de Margerie zu Entgegennahme seines Beglaubigungsbrevets empfangen. Bei dem Empfange war in Vertretung des Reichsministers des Auswärtigen der Staatssekretär im Auswärtigen Amt v. Daniels zugegen.

Der Botschafter hielt folgende Ansprache:
„Herr Präsident! Ich habe die Ehre, Ihnen das Schreiben zu überreichen, womit der Präsident der Französischen Republik mich bei Ihnen als außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter beglaubigt. Berufen, mein Land bei der Deutschen Republik zu vertreten, wird es mir am Herzen liegen, nichts zu unterlassen, um die Absichten meiner Regierung zu verwirklichen, die darauf abzielen, in friedlicher Arbeit an der Aufrechterhaltung jener politischen und wirtschaftlichen Stabilität Europas mitzuwirken, die allein nach so großen Erschütterungen die Nationen in die Lage versetzen kann, in gegenseitigem Vertrauen ihren Entwicklungsgang wieder aufzunehmen.“

Alle meine Bemühungen werden darauf gerichtet sein, inmitten des deutschen Volkes den Beweis für den aufrichtigen Wunsch meiner Regierung zu liefern, das zwischen Frankreich und Deutschland im Rahmen des Friedensvertrages, der die Voraussetzungen eines Verständnisses zueinander geregelt hat, die Beziehungen wiederherzustellen und zu entwickeln, die für das Einverständnis und den Fortschritt dieser neuen Welt unentbehrlich sind, von welcher die Welt erwartet, daß

sie noch mehr als ihre Vorgänger zum Triumph der Zivilisation und zur Herrschaft der menschlichen Gerechtigkeit beitragen. Für die Erfüllung dieser hohen Aufgabe bringe ich neben jenem leidenschaftlichen Wahrheitsmut und jenem entschlossenen Streben nach Einhaltung des richtigen Maßes, wie sie die französische Tradition aufweist, die unerschütterliche Absicht mit, die Rechte meines Landes zu wahren und diejenigen Deutschlands zu achten.

Indem ich Sie bitte, Herr Reichspräsident, den Ausdruck meiner aufrichtigen Wünsche für Ihre Person und für die deutsche Nation zu genehmigen, gestatte ich mir dem Vertrauen Ausdruck zu geben, daß Sie vermöge der hohen Autorität, die Ihnen sowohl Ihre persönlichen Eigenschaften als auch das von Ihnen verwaltete hohe Amt verleihen, ebenso wie Ihre Regierung mir die Unterstützung angeben lassen werden, ohne die meine Bemühungen Gefahr laufen würden, nicht alle ihre Früchte zu tragen.“

Der Reichspräsident erwiderte mit folgenden Worten:

„Mit Vergnügen nehme ich die Wünsche entgegen, die Sie Deutschland und mir aussprechen. Seien Sie versichert, daß die Reichsregierung alles tun wird, was in ihren Kräften steht, um Ihre hohe Aufgabe zu erleichtern und jene Stabilität der Verhältnisse herzustellen, die Sie mit Recht als das Ziel der Gegenwart bezeichnen. Jener Sinn für Maß und Wahrheit, den Sie erwähnen, wird dabei entscheidend mitzuwirken haben, und Ihre Worte verbürgen mir, daß Sie aufrichtig bemüht sein werden, an der Behebung der Fehler mitzuwirken, die unseren beiden Ländern so dringend notwendig sind. Indem Sie die Ihnen neuen Verhältnisse und die sich schwerer und schwerer gestaltende Lage des deutschen Volkes unmittelbar auf sich wirken lassen werden, werden Sie Gelegenheiten finden, mit Ihrer reichen diplomatischen Erfahrung dem Frieden zu dienen. In der Hoffnung, daß Ihre Arbeit reiche Früchte tragen wird, heiße ich Sie willkommen.“

Hieran schloß sich eine Unterhaltung, in deren Verlauf der Botschafter dem Reichspräsidenten auch die Mitglieder der Botschaft vorstellte.

Die Konferenz der Ministerpräsidenten.

Dienstag nachmittag um 6 Uhr fand beim Reichskanzler die angekündigte Besprechung mit den präsidierenden Mitgliedern der Regierungen der deutschen Länder statt, an der auch die stimmungsführenden Bevollmächtigten der Länder zum Reichsrat teilnahmen. Im Anschluß an diese Besprechung fand ein Empfang statt, zu dem der Reichskanzler und Frau Cuno geladen hatten. Der Reichspräsident, die in Berlin anwesenden Minister des Reiches und der Länder, ihre Vertreter, Mitglieder des Reichstages sowie des Präsidiums des Reichswirtschaftsrates und des preussischen Landtages nahmen daran teil.

Mittwoch vormittag begannen die Ministerpräsidenten der Länder in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Reichskanzlers ihre Besprechung über die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage. An den Beratungen nahmen vom Reichskabinett außer dem Reichskanzler selbst die Minister Dr. v. Rosenburg, Dr. Frauns, Dr. Luther und Staatssekretär Hamm, der Chef der Reichskanzlei, teil. Die Beratungen wurden Mittwoch nachmittag abgeschlossen. Eine amtliche Mitteilung über das Ergebnis der Verhandlungen ist in Aussicht gestellt. Was die Stellungnahme gegenüber der Note der Botschafterkonferenz betrifft, so ist anzunehmen, daß Ministerpräsident v. Anklings zuerst mit dem bayerischen Gesamtministerium beraten wird, ehe die Reichsregierung über die Beantwortung der Note beschließt.

Die Bedeutung der Konferenzen in London und Brüssel.

Der amerikanische Botschafter in London hat gestern in einer Rede bei einem amerikanischen Klubessen, es gebe außer Krieg noch andere Wege, um internationale Katastrophen herbeizuführen. Es gebe solche Dinge, wie das Hungern von Nationen durch andere. Wenn das wirtschaftliche Programm nicht auf der Konferenz der alliierten Premierminister einer Lösung entgegengebracht werde, so wisse er nicht, was den Kontinent Europa vor dem Zusammenbruch retten solle. Europa könne nicht noch ein weiteres Jahr unter dieser Trostung weiter leben. Die Deuts reden über die bevorstehende Wirtschaftskonferenz in Brüssel, als ob sie etwas bedeuten könnte, wenn die Ministerpräsidenten der vier großen Nationen Europas diese Frage nicht regeln könnten. So

wie dieser Wonne es auch nicht ein einziges Jahr weitergemacht werden. Darvch wiederholte mit großem Nachdruck, daß von den Ergebnissen der Zusammenkunft der vier Premierminister das Schicksal und die künftige Wohlfahrt von Millionen abhängen. Wenn diese Zusammenkunft nicht für die Stabilisation einträte, so würden alle untergehen.

Amerika durch Frankreichs Hilfe verhängt.
Staatssekretär Hughes hat, wie in politischen Kreisen verlautet, durch den englischen Botschafter in Amerika der englischen Regierung mitteilen lassen, daß Amerika zu der bevorstehenden Brüsseler Konferenz sich zurückhalten lassen müsse angesichts des politischen Eindruckes, den die bisher bekannt gewordenen französischen Pläne auf die amerikanische Regierung gemacht haben. Amerika würde England bei der Lösung der Reparationsfrage nur dann unterstützen können, wenn diese nach friedlichen wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolge. In politischen Kreisen glaubt man, daß die Weisung des englischen Botschafters in Berlin nach London im Zusammenhang mit der amerikanischen Mitteilung steht.

Das Kaiserrat über Frankreichs Forderungen in Brüssel.

London, 6. Dezember. Nach dem Berliner Reichsminister der Times enthalten die französischen Vorschläge für die Brüsseler Konferenz folgende Punkte: Kein Moratorium für Deutschland ohne Pfänder, wie Bergwerke und Wälder; Herabsetzung der deutschen Entschädigung parallel mit der Herabsetzung der alliierten Schulden; Revision der Prozentätze der Alliierten an den deutschen Zahlungen. Frankreich habe Anspruch auf mehr als 52 Prozent, jedoch England auf einen Teil seiner Reparationsansprüche verzichten müsse. Jeder vorläufige Versuch Deutschlands, sich den Zahlungen oder finanziellen Reformen zu entziehen, müsse Sanktionen nach sich ziehen, wie strikte und zeitliche Ausdehnung der Besetzung, Errichtung einer Polizeiarbeit um das Ruhrgebiet und allgemeine wirtschaftliche und administrative Organisation der Rheinlande.

Rom, 7. Dezember. Die Zeitung Rondo glaubt die Vorschläge, welche Poincare in London machen wird, wie folgt umschreiben zu können: 1. Frankreich muß endlich Zahlungen erhalten. An erster Stelle steht daher eine erste Auslandsanleihe Deutschlands, die von der deutschen Industrie garantiert werden soll und bis 20 Milliarden Goldmark betragen könnte. Von diesem Erträgnis soll Frankreich 50 Milliarden Papierfranken erhalten. Den Rest dürfe Deutschland für die Marktstabilisierung und die Befriedigung der ersten Ansprüche der (wahrscheinlich) amerikanischen Geldgeber verwenden. 2. Frankreich stellt ein, daß Deutschland auch im Jahre 1923 keine direkten Darlehensleistungen könne. Es sei daher nicht gegen ein Moratorium für 1923, fordere aber dafür neue Garantien. Das Blatt spricht ausdrücklich von Garantien, nicht von Pfändern und nennt als solche Garantieforderung Frankreichs die Kolleinfünfte, deren Erträgnisse zurückgestellt bliebe müßten. 3. Frankreich fordert die Durchführung einer Kontrolle der deutschen Finanzen. Nur für den Fall, daß in London überhaupt keine Einigung gefunden werden könne, werde auf dieser noch auf anderer Grundlage, würde sich Frankreich das Recht auf eine Sanktion auf dem linken Rheinufer oder im Ruhrgebiet vorbehalten. Natürlich muß dem italienischen Blatt die Verantwortung für diese Angaben überlassen bleiben. Rangklich Punkt 1 mit der recht imaginären Berechnung eines Anleihertragnisses scheint Kombination nach den schon demontierten Verträgen von einem solchen Angebot der deutschen Industrie zu sein. Die letzten Pariser Verhandlungen seien ausdrücklich, daß die Berechnung einer Anleihe noch gründlich revidiert werden müßte.

Die Konferenz zu Lausanne.

Frankreichs Furcht vor einem Bruch in Lausanne.
Die Entwicklung der Verhandlungen in Lausanne gibt in Paris zu starker Beunruhigung Anlaß. Man befürchtet, daß es in der Meerengenfrage zu einem Bruch kommen könne, der Frankreich zwingen würde, zwischen England einerseits, der Türkei und Rußland andererseits sich zu entscheiden. Eine Parteinahme für England drohe nicht nur die Früchte einer seit zwei Jahren konsequent durchgeführten länderfreundlichen Politik auf Spiel zu setzen, sondern würde, wenn es zu einem neuen Konflikt kommen sollte, die Preisgabe der rund zwei Milliarden Franken bedeuten, die Frankreich vor dem Kriege teils in Form von Anleihen, teils in wirtschaftlichen Unternehmungen auf dem Gebiet der heutigen Türkei investiert hat. Auf der anderen Seite scheint man im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen in London starke Bedenken zu haben, gerade in diesem Augenblick England vor den Kopf zu stoßen.

Wahrscheinlich Romas Urteil über Lausanne.
Die „Times“ meldet aus Konstantinopel: Wahrscheinlich würde einem Verhandlungen, die Lausanne Konferenz würde durch überhöhten Geboten in die